

Neuzugänge

Ludger Fittkau, Marie-Christine Werner: Die Konspirateure. Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944. Darmstadt: wbg Theiss, 2019

Sven Deppisch: Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust. Veröffentlichungen des Bayerischen Polizeimuseums, Bd. 2. Baden-Baden: Tectum, 2017

Evelyn Brockhoff, Franziska Kiermeier u.a.: Gesammelt, gehandelt, geraubt. Kunst in Frankfurt und der Region zwischen 1933 und 1945. Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 78. Frankfurt: Societät, 2019

Ingrid Fuchs: "Wir haben keinerlei Kompromisse geschlossen". Käthe Heisterbergk und die private Anna-Schmidt-Schule in Frankfurt während der Zeit des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Henrich, 2018

Henry Leide: Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR. Berlin: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 2019

apabiz, Aktives Museum Berlin (Hg.): Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945. Katalog zur Wanderausstellung. Berlin: 2019

Johannes Hartkemeyer: Kein schöner Land. Biografische Skizzen, Notizen, Erinnerungen, Erzählungen, 2. durchgesehene und korrigierte Auflage. Norderstedt: Books on Demand, 2018

Hajo Funke: Der Kampf um die Erinnerung. Hitlers Erlösungswahn und seine Opfer. Hamburg: VSA, 2019

Chaja Boebel, Frank Heidenreich, Lothar Wentzel (Hg.): Neuanfang 1945. Belegschaften und Betriebsräte setzen die Produktion in Gang. Hamburg: VSA, 2019

Alfred Wolfsteiner: „Der stärkste Mann des Katholizismus in Deutschland.“ Pater Augustin Rösch und sein Kampf gegen den Nationalsozialismus. Regensburg: Pustet, 2018

Daniel Bernsen, Ulf Kerber (Hg.): Praxishandbuch Historisches Lernen und Medienbildung im digitalen Zeitalter. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017

Gine Elsner: Die „aufrechte“ Haltung. Orthopädie im Nationalsozialismus. Hamburg: VSA, 2019

Lutz Becht: Die deutsche evangelisch-reformierte Gemeinde Frankfurt am Main im Nationalsozialismus. Solingen: foedus, 2018

Buchbesprechungen

Grenzgeschichten

Wie schwer es vor allem für jüdische Deutsche war, nach 1933 ihre Heimat zu verlassen und ein Land zu finden, das bereit war sie aufzunehmen, ist allgemein bekannt. Dass das Dreiländereck Süddeutschland, Schweiz und Elsass bei den unzähligen Flüchtlingsdramen, die sich dort vor allem in der zweiten Hälfte der Dreißiger Jahre abspielten, eine besondere Rolle spielte, schon weniger. Das Buch, um das es in dieser Besprechung geht, beschreibt in vielen Erzählungen von Beteiligten und deren Kindern die Schwierigkeiten, die politische und sogenannte „rassistisch verfolgte“, also vor allem Juden aus Deutschland (und nach 1938 auch Österreich) hatten, wenn sie sich aus Nazideutschland retten und im Ausland eine neue Bleibe suchen mussten.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rolle eines Ortes gelegt, dem bei der Flucht eine Schlüsselstellung zukam: der kleinen Schweizer Gemeinde Riehen im Grenzgebiet zwischen dem deutschen Lörrach und dem schweizerischen Basel. Durch diesen Ort und dessen Bahnhof ging eine deutsche Eisenbahnlinie für viele Flüchtlinge; sie war neben dem sogenannten „Badischen Bahnhof“ in Basel, der „deutsches Territorium in der Schweiz“ darstellte, das letzte Schlupfloch, um ohne Kontrolle ins Ausland zu kommen.

Die drei Herausgeber des besprochenen Buches haben nicht nur die vielen und sehr erschütternden Berichte von Flüchtlingen und ihren Schicksalen zusammengetragen, sondern waren auch die Initiatoren einer Gedenkstätte in Riehen (www.gedenkstaetteriehen.ch), die 2011 eröffnet wurde und deren Besuch man allen am Thema Flucht, Vertreibung, Widerstand, Zivilcourage und Solidarität Interessierten nur dringend empfehlen kann.

Es werden dort viele Dokumente und Berichte präsentiert, die nicht nur die unter dem Begriff „Ausschaffung“ bezeichnete Zurückweisung Tausender vor allem jüdischer Verfolgter in die Hände der Gestapo beschreiben, sondern auch die glücklicherweise von vielen mutigen Schweizern praktizierte Hilfe, die man den Menschen leistete, von denen man wusste, dass es buchstäblich um ihr Leben ging, wenn sie – oft bei Nacht und Nebel – die Grenze zur Schweiz zu überwinden versuchten.

Wie sehr die „offizielle Schweiz“ zur Zeit der Nazidiktatur mit dem großen Nachbarn im Norden kooperierte, weiß man seit langem, auch wenn dies nach dem Zweiten Weltkrieg oft vertuscht und verneint wurde. Umso wichtiger ist es, den Widerstand zu dokumentieren, den es z.B. auch in der Schweizer Fremdenpolizei und anderen Behörden gab, wenn es um die amtlich geforderte Zurückweisung von Flüchtlingen zurück zu ihren Verfolgern ging. Auch dieser wichtige Aspekt wird in der Gedenkstätte Riehen eindrucksvoll thematisiert.

Der Titel des Sammelbandes „Nie geht es nur um Vergangenheit“ wurde von den Herausgebern natürlich bewusst gewählt, denn die Thematik Flucht und Migration ist heute so aktuell wie in den Jahren 1933 bis 1945, wenn auch andere Schwerpunkte vorherrschen. Waren es damals ganz überwiegend politisch verfolgte und jüdische Mitbürger, die aufgrund der unseligen Rassenpolitik ihre Heimat verlassen mussten, so sind es heute vor allem Bürgerkriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge, die um Aufnahme nachsuchen.

Ergänzt werden die Berichte durch umfangreiche Dokumente und Fotos, die das Ganze zu einer spannenden und bewegenden Lektüre über Einzelschicksale machen. Da es heute nur noch wenige Zeitzeugen gibt, die den Zweiten Weltkrieg mit- und überlebt haben, sind diese Berichte der ehemaligen Flüchtlinge ein aufwühlendes Zeitdokument, denn sie berichten nicht nur von tiefgreifenden Erlebnissen an der Grenze, von Feigheit und Denunziation, sondern auch von Mut und Hilfsbereitschaft einzelner Menschen

und Institutionen. Interessant ist, dass nicht nur Überlebende des Holocausts und deren Kinder, sondern auch Nachkommen von Tätern zu Wort kommen, die selbst unter den Verbrechen ihrer Vorfahren leiden.

Dem Klappentext des Buches kann man daher nur zustimmen: „Die Vergangenheit und die Gegenwart können nicht getrennt betrachtet werden, sondern die Gegenwart kann nur aus der Kenntnis der Vergangenheit heraus verstanden und bewältigt werden.“

Wolfgang Benz, Johannes Czwalina, Dan Shambisso: Nie geht es nur um Vergangenheit – Schicksale und Begegnungen im Dreiland 1933–1945. Weilerswist-Metternich: Dittrich Verlag, 2018

Björn Luley

Der Kampf um die Erinnerung

In „Der Kampf um die Erinnerung“ versucht Hajo Funke einen komprimierten Erklärungsansatz darüber zu geben, wie die Vernichtung der europäischen Juden möglich war. Dabei untersucht er den Massenmord an den europäischen Juden theoretisch-ideologisch und in seiner praktischen Umsetzung. Ausgehend von den Anfängen der NS-Bewegung in der Weimarer Republik (Kap. 1) werden die nationalsozialistische Weltanschauung (Kap. 2), Hitlers Bezüge zu Richard Wagner (Kap. 3), die wichtigsten politischen Herrschaftsformen im Nationalsozialismus, die den „Erlösungswahn“ in seiner Umsetzung ermöglichten (Kap. 4) und der Vernichtungskrieg als Umsetzung dieser antisemitischen Zielsetzung (Kap. 5) beleuchtet. In den beiden abschließenden Kapiteln werden Zeugnisse von Opfern an unterschiedlichen Orten der Verfolgung und Vernichtung aufgeführt (Kap. 6). Im Schlusskapitel geht es um die Aufarbeitung der NS-Zeit im Nachkriegsdeutschland und im Zuge des sich ausbreitenden Rechtspopulismus (Kap. 7).

Um den Nationalsozialismus ideologiekritisch zu analysieren, greift Funke auf das Konzept der „politischen Religion“ zurück. Der religionsgleiche Charakter des Nationalsozialismus zeige sich in ganz besonderem Maße beim Begriff der „Erlösung“, der aus der christlichen Lehre stammt, und das Spezifikum des Antisemitismus von Hitler war. Hitler sei demnach von einem religiös-apokalyptischen Wahn getrieben gewesen, die Juden zu vernichten. Der „Erlösungswahn“ Hitlers und seiner Anhänger hatte – wie Funke belegt – quasi religiöse Züge und war als krankhaft-paranoide Teil fest in der Psyche der Haupttäter verankert. Durch diesen ideengeschichtlich-religionssoziologischen Blickwinkel auf die NS-Zeit grenzt sich Funke von anderen Forschungsansätzen deutlich ab.

Als weitere Erklärungsfaktoren zur Judenvernichtung geht Funke unter anderem auf verschiedene Aspekte ein: den europaweit verbreiteten Antisemitismus, die expliziten Befehle zur Vernichtung durch Mitglieder der NS-Führung in der Hochphase des Holocaust und davor und auch das Versagen der deutschen Kriegsgegner, denen Funke mit zahlreichen Belegen ein zu spätes Eingreifen vorwirft. Dieser multikausale Zugriff bei unterschiedlicher Betonung der ideologischen Basis liefert einen prägnanten Erklärungsversuch der Judenvernichtung auf Grundlage des aktuellen Forschungsstands.

Was seinen Beitrag weiterhin besonders macht, ist der explizite Verweis auf Richard Wagners Gedankenwelt und Musik, die für Funke ganz wesentlich Hitlers Denken prägten. Wagners Kunst bezeichnet er als „Überwältigungsästhetik“. Gerade dieser Aspekt des Nationalsozialismus wurde bisher aus Sicht von

Funke von vielen Historikern wenig oder nur sehr unzureichend berücksichtigt. (S. 75f.)

Zwar liefert „Der Kampf um die Erinnerung“ keine wirklich bahnbrechend neuen Erkenntnisse, da Funke auf viele gängige Erklärungsansätze und Befunde der Holocaustforschung zurückgreift, dennoch halte ich das Buch für sehr lesenswert, weil umfassend und gleichzeitig sehr konzipiert die Forschungsergebnisse der letzten Jahre zusammengetragen werden. Zudem verdeutlicht Funke – in Abgrenzung zu anderen Forschern, die den Holocaust etwa in erster Linie mit der Radikalisierung im Kriegsgeschehen erklären –, die Bedeutung der Ideologie als letztlich ausschlaggebenden Faktor für den Holocaust. Nach Funkes Auffassung war die systematische Ermordung der europäischen Juden von Anfang an logische und unaufhaltsame Konsequenz des Rassenwahns der NS-Ideologie. Drittens sind auch die Zusammenfassung der NS-Aufarbeitung im Nachkriegsdeutschland und die aktuellen Bezüge des Buchs sehr wertvoll für eine Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Funke zeigt deutlich die Wesensverwandtschaft des aktuellen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mit der frühen NS-Bewegung. Das Buch kann in diesem Sinne auch als eine Mahnung verstanden werden, dass niemals wieder ein solch geistig-destruktives Klima entstehen darf, in dem in nur ganz wenigen Jahren die Vernichtung von sechs Millionen Menschen möglich war. Wer das Buch gelesen hat, kann daraus einen Appell herleiten, frühzeitig aktiv gegen Personengruppen und deren Gedankengut zu agieren, die den menschenrechtsbasierten Wertekanon und das pluralistische Miteinander zerstören wollen.

Hajo Funke: Der Kampf um die Erinnerung. Hitlers Erlösungswahn und seine Opfer. Hamburg: VSA Verlag, 2019

Bertram Noback

Neue Perspektiven des „20. Juli“-Widerstands

Der 75. Jahrestag des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 hat eine Vielzahl von Vortragsveranstaltungen sowie von Radio- und Fernsehfeatures gezeitigt, alle möglichen Politiker- und Historikerstatements, auch zahlreiche Presseberichte und sogar mehrere neue Darstellungen zu diesem zweifelsfrei mit am besten erforschten Teilbereich des deutschen antinazistischen Widerstandes überhaupt. Eines der mit Abstand beeindruckendsten Werke seit Jahren ist hierbei die Dissertation Linda von Keyserlingk-Rehbeins vom Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr in Dresden.

Ihr in fast zehnjähriger Forschungsarbeit akribisch erstelltes, bereits in diesem Jahr zum zweiten Mal aufgelegtes fulminantes 707-Seiten-Opus schließt eine von den Historiografen bislang außer Betracht gelassene Forschungslücke, indem es das dicht geknüpft konspirative Beziehungsgeflecht zwischen den Aktivisten des militärischen und des zivilen Widerstandsflügels des „20. Juli“ erstmals en détail ausleuchtet. Die Untersuchung konzentriert sich wohl gemerkt allein auf den von der diesbezüglichen Sonderkommission ermittelten Personenkreis, also nur auf die wichtigsten militärischen und zivilen Anführer der Erhebung sowie auf einige ihrer Unterstützer. Dabei sind seinerzeit bloß 210 Personen insgesamt als an der Aktion unmittelbar Beteiligte erkannt worden, von denen man dann 78 jedoch als vermutlich uneingeweiht festgestellt hat. Deshalb werden in dieser systematischen Netzwerkanalyse auch lediglich 132 NS-Gegner berücksichtigt, die von den NS-Verfolgern als unzweifelhaft „eingeweiht eingeschätzt wurden und entweder aktiv in die Vorbereitung oder die Durchführung des Umsturzplanes involviert waren

oder sich für ein Amt nach dem Umsturz bereitgestellt haben.“ (S. 145ff.)

Das Agieren dieses Personenkreises wird in vielerlei Hinsicht gründlich analysiert: seine wechselseitigen klandestinen Kontakte, sein soziales Umfeld, seine konspirativen Vorgehensweisen, nicht zuletzt solche zur Verbreiterung seiner Basis und dergleichen mehr. Die immense herangezogene Quellenmenge unterschiedlichster Provenienz – Anklageschriften, Urteile, Ermittlungs- und Prozessberichte, Film- und Tonbandabschriften, Nachlässe usw. – wird dazu noch abgeglichen u. a. mit den auf andere authentische Weise aussagekräftigen Tagebüchern des Diplomaten Ulrich von Hassell und des Hauptmanns Hermann Kaiser sowie mit den Briefen des Abwehr-Mitarbeiters und Anführers des „Kreisauer Kreises“ Helmuth James Graf von Moltke an seine Frau Freya. Besonders ausdrucksvoll sind bei alledem die 20 farbigen Netzwerkvisualisierungen der Kontakte der aus Sicht der NS-Ermittler an der „20. Juli“-Verschwörung erwiesenermaßen beteiligten Militärs und Zivilisten.

Von Keyserlingk-Rehbein weist wiederholt darauf hin, dass es sich de facto keineswegs nur um eine „ganz kleine Clique“ von Verschwörern handelte, wie Hitler und seine Schergen nach der Niederschlagung des Aufstandes alle Welt glauben machen wollten. Konträr zu jenem bis heute nachwirkenden propagandistischen Zerbild des „20. Juli“ finden in dieser rundum mustergültigen Untersuchung folglich auch zahlreiche Militärs und Zivilisten Erwähnung, die nicht der Gruppe der 13 Dutzend Personen der Kernanalyse angehören. Im Grunde werden damit die neuesten Schätzungen anderer Widerstandsforscher bestätigt, nach denen „rund 600 verhaftete Personen und etwa 200 hingerichtete oder ermordete Personen in direktem Zusammenhang zum 20. Juli 1944 als wahrscheinlich“ anzusehen sind (S. 112).

Im genauso wie der Anmerkungsapparat geradezu überwältigend opulenten Anhang werden u. a. sechs Listen präsentiert, in denen die von den Verschwörern vorgesehenen politischen Beauftragten und Unterbeauftragten und die Verbindungsoffiziere in den Wehrkreisen mit ihrem jeweiligen Schicksal aufgeführt sind, desgleichen die für die Regierung des neuen Rechtsstaates auserkorenen Personen, ebenso die für die außerdem geplante allumfassende Einheitsgewerkschaft ins Auge gefassten Funktionäre, ferner die am 20. Juli 1944 aktiv Hervorgetretenen, sodann einige weitere an den Umsturzvorbereitungen Beteiligte und schließlich noch manche der Mitwisser der Aktion, wobei in jedem Einzelfall vermerkt wird, ob diese in der vorliegenden Netzwerkanalyse nach dem vorgenannten Auswahlkriterium berücksichtigt worden sind (S. 532–551). Dass die dort aufgeführten 255 NS-Gegner noch immer nicht den ganzen in die „20. Juli“-Erhebung faktisch oder potentiell involvierten Personenkreis repräsentieren, sondern dass sich die Verschwörer im Falle des Gelingens ihres Vorhabens landauf, landab auf zahllose weitere, von den Fahndern nicht eruierte Konfidanten hätten stützen können, dies haben die überaus raren lokal- und regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur zivilen Basis des Umsturzversuchs exemplarisch erbracht. Daher ist der Autorin unbedingt beizupflichten, wenn sie „weiterführende und vertiefende Analysen“ auf noch breiterer Quellengrundlage für „wünschenswert“ erachtet, welche sich also nicht auf „die Sicht der NS-Verfolger auf das Netzwerk vom 20. Juli 1944“ beschränken, sondern vielmehr dessen „tatsächliches Netzwerk“ in den Blick rücken. (S. 521f.)

Einen Einstieg hierzu bietet am Beispiel einiger ausgewählter Städte und Gemeinden Südwestdeutschlands sowie des Rhein-Ruhr-Gebiets das Buch der beiden Journalisten Ludger Fittkau und Marie-Christine Werner. Diese behandeln das Agieren vieler dort vor allem in das reichsweite sozialdemokratisch-gewerkschaftlich dominierte Vertrauensleutenetzwerk Wilhelm Leuschners und seiner Mitstreiter einbezogener NS-Gegner, welche im vorgenannten Werk aus dem erwähnten Grund nicht mitberücksichtigt worden sind. Dies gilt beispielsweise für den früheren hessischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten

Andrej Angrick: „Aktion 1005“ Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945, Band 1 und 2. Göttingen: Wallstein, 2018

Dieter Fauth: „Wertheim im Nationalsozialismus aus Opferperspektive“. Gedenkbuch zum Projekt Stolpersteine. Zell am Main: Verlag Religion & Kultur, 2013

Johannes Tuchel: Hinrichtungen im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee 1933 bis 1945 und der Anatom Hermann Stieve. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2019

Johannes Tuchel u.a.: Hinrichtungen im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee, Katalog zur Dauerausstellung. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2019

Johannes Tuchel u.a.: „Ihr trugt die Schande nicht ...“. Die frühe Erinnerung an den 20. Juli 1944. Katalog zur Sonderausstellung. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2019

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN) Kreisvereinigung Bochum (Hg.): Ein Bochumer Konzentrationslager – Geschichte des Buchenwald Außenlagers des Bochumer Vereins. Bochum: ruhrecho, 2019

Henning Borggräfe, Christian Höschler, Isabel Panek (Hg.): Ein Denkmal aus Papier: Die Geschichte der Arolsen Archives. Begleitband zur Dauerausstellung. Bad Arolsen: Arolsen Archives, 2019

Christine Schindler u.a. (Hg.): Deportation und Vernichtung. Maly Trostinec. Wien: Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand, 2019

Saskia Müller, Benjamin Ortmeier: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945.

Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB, 2. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz, Juventa, 2017

Birgit Seemann, Edgar Bönisch: Verein zur Förderung der historischen Pflegeforschung e.V.: Das Gumpertz'sche Siechenhaus – ein „Jewish Place“ in Frankfurt am Main. Geschichte und Geschichten einer jüdischen Wohlfahrtseinrichtung. Frankfurt: Brandes & Apsel, 2019

Christiane Goldenstedt: Albert Goldenstedt. Ein Delmenhorster im antifaschistischen Widerstand. Oldenburg: Isensee, 2019

René Schlott (Hg.): Raul Hilberg und die Holocaust-Historiographie. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Göttingen: Wallstein, 2019

Buchbesprechungen

Jakob Steffan, der zuständig war für die konspirative Anleitung der Zivilopposition südlich der Mainlinie bis zum Neckar, für den Leiter des Frankfurter Widerstandsstützpunktes, den Kriminalbeamten Christian Fries, desgleichen für den nicht minder couragierten Heidelberger Pharma-Großhändler und Sozialisten Emil Henk und auch für den berühmten Darmstädter Parteienforscher Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, der sich in den 1940er Jahren als verfassungs- und bildungspolitischer Berater Leuschners verdient gemacht hat. Darüber hinaus waren neben einigen linkssozialistisch-pazifistischen Widerstandsaktivisten, darunter der insbesondere als konspirativer Kurier agierende Essener Geschäftsmann Gustav Kettel, auch etliche konservative Regimegegner ebenfalls in das Leuschner-Netzwerk eingeklinkt, so etwa der vormalige Zentrums-Reichstagsabgeordnete und katholische Bergarbeitergewerkschafter Bartholomäus Koßmann aus Saarbrücken.

An mehreren Beispielen wird des Weiteren die wichtige Rolle von Frauen im antinazistischen Widerstand verdeutlicht, u. a. die von Elisabeth Schwamb, der Ehefrau des langjährigen Leuschner-Intimus Ludwig Schwamb, welcher für seinen einstmaligen Chef im hessischen Innenministerium zuletzt von Frankfurt aus die gesamte zivile Konspiration zwischen Kassel und Heidelberg angeführt hat. Besonders aufwühlend sind die Kapitel bzw. Passagen, welche sich mit hie und da sogar erfolgreichen Rettungsaktionen für verfolgte Juden beschäftigen, aber auch jene, die sich der gleichzeitigen Verstrickung mancher solcher hilfsbereiten Widerständler in die Verbrechen des Regimes widmen.

Zu weit geht freilich die Aufnahme z. B. von Siegfried Höxter, Artur E. Bratu und Anna Beyer in die Auswahl der hier vorgestellten „Leuschner-Leute“. Denn die beiden Ersteren hatten als SPD-Mitglieder zwar bis zum Frühjahr 1933 im damaligen Volksstaat Hessen zu dessen eifrigsten Mitstreitern im antinazistischen Abwehrkampf gezählt, mussten aber aufgrund ihrer politischen wie rassistischen Verfolgung schon damals ins Exil ausweichen. Dort verfügten sie dann genauso wenig über einen Direktkontakt mit der Leuschner-Konspiration wie die Frankfurter Aktivistin des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes Anna Beyer, die erst Anfang 1937 aus Nazi-Deutschland floh. Bei einem Erfolg des „20. Juli“-Umsturzunternehmens wären diese NS-Gegner allerdings so bald wie möglich in ihre Heimat zurückgeeeilt, um sich für die dann hier anstehende Wiederherstellung der Demokratie ins Zeug zu legen, wie sie es dann seit 1945 wie so viele ihrer früheren Kampfgefährten ja auch eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben.

Auch diese beiden Autoren weisen ausdrücklich darauf hin, dass die von ihnen vorgestellten Personen beileibe nicht die einzigen Aktivistinnen und Aktivisten waren, welche in die weit verzweigten zivilen Widerstandsstrukturen Leuschners und seiner Vertrauten eingebunden waren. Deren wirklicher Umfang ist, wie auch sie betonen, erst ansatzweise erforscht, womit sie dasselbe Forschungserfordernis benennen wie Linda von Keyserlingk-Rehbein. Wie defizitär die Erforschung des „20. Juli“ gerade in dieser Hinsicht tatsächlich noch immer ist, zeigt sich aber auch im Werk von Fittkau und Werner selbst. Denn es traf ganz gewiss nicht zu, dass – wie die beiden annehmen – das von Leuschner und seinen Freunden geschaffene Widerstandsnetzwerk „im Wesentlichen“ nur „den deutschen Südwesten, die Rheinschiene und Teile des Ruhrgebiets“ umfasste (S. 18). Vielmehr verfügte es zuletzt über Verankerungen in nahezu allen

größeren deutschen Städten und Gemeinden, mehr noch in vielen kleineren Ortschaften nicht nur in diesen beiden Regionen. Hierauf ist kurz nach der Befreiung von einigen politischen Getreuen Leuschners, aber auch vom mit ihm während jener Widerstandsjahre ebenfalls eng befreundeten christlichen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser hingewiesen worden. Zur weiteren gründlichen Erhellung jener in ganz Deutschland mit Bestimmtheit einige Tausend Antifaschisten zählenden Widerstandsstruktur ist mithin die Initiierung eines flächen-deckenden, finanziell adäquat ausgestatteten Forschungsprojektes aller hierfür infrage kommenden universitären wie außeruniversitären Institutionen dringend geboten.

Linda von Keyserlingk-Rehbein: Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944. Berlin: Lukas Verlag, 2018

Ludger Fittkau, Marie-Christine Werner: Die Konspirateure. Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft THEISS, 2019

Andreas Dickerboom, Axel Ulrich

Ein „Mythos“ wird dekodiert

Mit den Biografien von NS-Tätern (und manchmal auch Täterinnen) beschäftigt sich die Wissenschaft seit vielen Jahren sehr intensiv – nicht erst seit Guido Knopps äußerst erfolgreicher und populärer Fernsehreihe „Hitlers Helfer“ (auch als Buch erschienen). Seit den 1990er Jahren kommen auch immer mehr lokale Täterbiografien auf den Markt, die jedoch leider meist nur einem kleineren Leserkreis bekannt werden. Eine Täterbiografie, die gleichzeitig den Lebenslauf eines Opfers des NS-Regimes nachzeichnet, ist eher selten. In dem Buch „Der Kommandant und die Bibelforscherin: Rudolf Höß und Sophie Stippel. Zwei Wege nach Auschwitz“ kommen nun alle drei Komponenten zusammen: das Leben eines NS-Hauptverbrechers und eines Opfers sowie Lokalforschung.

Es ist äußerst spannend und lehrreich, beide Biografien parallel zueinander zu verfolgen und dabei in die Zeitgeschichte einzusteigen. Die Leser erleben mit, wie sich die beiden so unterschiedlichen Menschen Höß und Stippel entwickelten und aus welchem Umfeld sie kamen. Dabei wird von den beiden Autoren die inszenierte Autobiografie des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß Seite für Seite auseinandergenommen und richtiggestellt – überwiegend auf Grundlage lokaler Spurensuche.

Die beiden Autoren entlarven in ihrem Buch eine seit Jahrzehnten tradierte Lebenslüge. Es ist kaum zu glauben, dass Rudolf Höß mit seiner Biografie nicht nur zu Lebenszeiten, sondern auch später durchkam. Selbst die Nationalsozialisten haben sich täuschen lassen und Fakten nicht nachgeprüft und die zeitgeschichtliche Wissenschaft und Forschung beruft sich bis heute vielfach auf die von Höß im Gefängnis in Polen verfasste Eigeninszenierung. Dieser geschönte bzw. gefälschte Lebenslauf beginnt schon mit dem Geburtsdatum, das Höß mit dem 25. November 1900 angab. Richtig war jedoch 1901. Auf diesem vorverlegten Geburtsdatum baute er dann seine Soldatenrolle im Ersten Weltkrieg auf, in dem er angeblich, seiner familiären soldatischen Familientradition folgend (auch das eine Lüge), im Orient und der Türkei in der Armee gedient haben wollte. Auch kam

er nicht aus gutbürgerlichen, sondern sehr einfachen Verhältnissen – im Gegensatz zu Sophie Stippel, geb. Greiner, deren Familie dem mittleren Bürgertum entstammte. Sie fand nach einem Schicksalsschlag, dem Tod der jüngeren ihrer beiden Töchter, Trost und Halt bei den Ernst Bibelforschern, den Zeugen Jehovas.

Die Familie Höß zog 1906 von Baden-Baden nach Mannheim um, wo die Familie von Sophie Stippel bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wohnte und viele Jahre zuerst eine Metzgerei, später ein Gasthaus betrieb, wo sich Sophie und Rudolf u.a. vielleicht begegnet sein könnten.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, an dem Höß mit großer Wahrscheinlichkeit nicht teilgenommen haben dürfte (er ist in keiner Stammrolle verzeichnet), schließt er sich dem Freikorps Rossbach an. 1923 ist er direkt beteiligt am Parchimer Fememord, für den er zu fünf Jahren Haft verurteilt wird. 1928 wird er entlassen und schließt sich dem Bund der „Artamanen“ an, einem radikal-völkischen Jugendbund. Er arbeitet in der Landwirtschaft, wo er seine spätere Frau Hedwig kennenlernt. Sie heiraten 1929; aus der Ehe gehen fünf Kinder hervor. Mit der Machtübernahme Hitlers 1933 beginnen dann sein unaufhörlicher und gut dokumentierter Aufstieg in der Hierarchie der Nationalsozialisten und seine Karriere in den Konzentrationslagern, über Dachau, Sachsenhausen bis hin zum Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz, das er aufbaute.

Sophie Stippel hingegen war ab 1933 als Ernste Bibelforscherin den Schikanen des NS-Regimes ausgesetzt. Erstmals wurde sie 1936 verhaftet, 1937 zum zweiten Mal. 1938 erfolgte die Verlegung ins KZ Lichtenburg, später nach Ravensbrück und Auschwitz. Durch ihre Bekanntschaft verschaffte Rudolf Höß Sophie Stippel die Stelle als Köchin in seinem Haushalt, auch nach der Evakuierung von Auschwitz nach Ravensbrück. 1945 kehrt sie krank nach Mannheim zurück, kämpfte jahrelang um Entschädigung. 1985 starb sie in Weinheim. Den Kommandanten Rudolf Höß hat sie um 38 Jahre überlebt: Er war am 16. April 1947 im Stammlager Auschwitz hingerichtet worden.

Wilhelm Kreutz (außerplanmäßiger Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Universität Mannheim) und Karen Strobel (vom NS-Dokumentationszentrum im MARCHIVUM, Mannheims Archiv, Haus der Stadtgeschichte und Erinnerung) gebührt für diese Arbeit Anerkennung und Hochachtung. Ein absolut empfehlenswertes Buch, das auch durch seine hervorragende Bebilderung gegenüber den vielen anderen Publikationen positiv hervorsticht. Ein weiterer Aspekt, der für dieses Buch spricht: Es ist sehr gut lesbar, d. h. auch für Nicht-Wissenschaftler verständlich – ein gutes Beispiel dafür, dass wissenschaftliche Bücher auch für eine breitere Leserschaft zugänglich gemacht werden können.

Wilhelm Kreutz, Karen Strobel: Der Kommandant und die Bibelforscherin: Rudolf Höß und Sophie Stippel. Zwei Wege nach Auschwitz, hg. von Ulrich Nieß; Schriftenreihe MARCHIVUM Nr. 1, Mannheim: Freundeskreis Marchivum, 2018

Monika Hölscher

Geschichtspolitisches Gedenken in der „Frontstadt Berlin“

Berlin, die alte Reichshauptstadt und nach der Befreiung Sitz der vier Besatzungsmächte, ist nicht nur als Ort der faschistischen Verbrechen und ihrer Verbrechen von Bedeutung, sondern auch als Ort antifaschistischer Erinnerungsarbeit. Diesem Thema hat sich Gerd Kühling in einer umfangreichen Dissertation gewidmet, die 2016 im Metropol-Verlag als Buch erschien. Der Titel „Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin“ versteckt eigentlich den spannenden Kern dieser Arbeit. Sie beschäftigt sich nämlich vorrangig mit den politischen Akteuren der Erinnerungsarbeit in dieser Stadt, vor allem den Verfolgtenverbänden und zwar in dem Zeitraum von 1945 bis in die 70er Jahre.

Der Aufbau seiner Untersuchung gliedert sich nach den politischen Zäsuren dieser Zeit:

Die Gesamtberliner Phase bis 1949, wobei die Folgen der jeweiligen Besatzungspolitik sichtbar werden, die Phase zwischen der Gründung der BRD und anschließend der DDR 1949 bis zum Sommer 1953 mit allen politischen Konsequenzen, die 50er Jahre bis zum Ende der offenen Grenze im August 1961 und – mit exemplarischen Beispielen – die Auseinandersetzungen in den 60er und Anfang der 70er Jahre.

Besonders in den ersten beiden Kapiteln wird deutlich, dass die ehemaligen Verfolgten und ihre Verbände zwar versuchten, sich selbstständig für die Interessen der ehemaligen politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten sowie für die Kämpfer gegen den Faschismus einzusetzen, sie aber in ihrer Tätigkeit maßgeblich durch das Wirken der vier Besatzungsmächte und der in diesem Rahmen agierenden Berliner Stadtpolitik eingeschränkt waren.

Dabei ging es weniger um die Arbeit der Betreuungsgstellen für Opfer des Faschismus, sondern um die Konstituierung eigenständiger Organisationen der Verfolgten des Naziregimes. Im Gegensatz zu anderen Teilen des besetzten Deutschlands konnte sich die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) erst im Januar 1948 – kurz vor der deutschlandweiten Gründung der VVN auf der interzonalen Konferenz im März 1948 in Frankfurt/M. – mit Genehmigung der Besatzungsmächte offiziell konstituieren. Die Zulassung in Gesamtberlin war geknüpft an die Zulassung der ersten Konkurrenzorganisation „Berliner Verband der Opfer der Nürnberger Gesetze“ (OdN), die durch die britische Besatzungsmacht gefördert wurde.

Während sich die VVN bemühte, trotz politischer Divergenzen eine breite Repräsentanz der unterschiedlichen Verfolgtengruppen abzubilden, begannen schon 1948 politisch begründete Versuche, die Mitgliederschaft zu spalten. Kühling zeigt dabei, wie die Berlin-Blockade und Frontstadt-Situation bereits in den 40er Jahren dazu führten, dass das Gedenken am OdF-Tag, dem „zweiten Sonntag im September“ seit 1948 zwischen den westlichen Zonen und dem Ostteil aufgespalten wurde. Dass vor diesem Hintergrund alte Nazis glaubten Oberwasser zu haben und antifaschistische Einrichtungen und ehemalige Verfolgte attackierten, war ein „Kollateralschaden“ (S. 121) des öffentlich geförderten Antikommunismus.

Die Zuspitzung des Kalten Krieges nach der Gründung der BRD und der späteren Gründung der DDR blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Gedenkkultur und die Verfolgtenverbände. Während im Ostteil der Stadt Gedenkorte neu angelegt wurden, insbesondere 1949/50 das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park, standen in Westberlin andere Themen im Fokus.

Erst im Juli 1952 wurden im Bendlerblock der Grundstein für eine Gedenkstätte für den 20. Juli 1944 gelegt und in Plötzensee ein provisorischer Gedenkraum eingerichtet. Im gesellschaftlichen Fokus stand zudem die Auseinandersetzung mit dem „Unrechtsregime“ in der DDR. Als 1950 – mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums – der „Bund für Freiheit und Recht“ (BFR) als antikommunistische Abspaltung der VVN erst in NRW, dann in anderen Bundesländern geschaffen wurde, orientierte auch der OdN auf eine Zusammenarbeit mit dem BVN/BFR. Die Kooperation in Westberlin hielt jedoch nicht lange, da im BFR auch DDR-Flüchtlinge als „Verfolgte des Totalitarismus“ Mitglied werden konnten und bald den Verband zahlenmäßig dominierten.

Enrico Heitzer vermerkt in einer Rezension als Desiderat das Fehlen der Besatzungsmächte und „möglicher geheimdienstlicher Instrumentalisierungen von NS-Opfern und ihren Verbindungen über die Demarkationslinien des Kalten Krieges hinweg“. Während die VVN Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit besaß, wäre beispielhaft ein Beschluss des US-Nachrichtendienstes CIA von 1952 zu nennen, innerhalb des antitotalitären Opferverbandes „Bund für Freiheit und Recht“ eine Gruppe in der DDR aufzubauen, die sich „mit Sabotage und anderen paramilitärischen Aktivitäten“ beschäftigen sollte. Dies zeigt, dass es in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mitnichten allein um ein angemessenes „Gedenken“ ging, sondern um Positionskämpfe an der Frontlinie des Kalten Krieges, in die auch die Verfolgtenverbände einbezogen waren.

Auffällig ist, dass in dieser Phase der politischen Auseinandersetzungen das Gedenken an die verfolgten Jüdinnen und Juden massiv in den Hintergrund gedrängt wurde, wie Kühling aufzeigt. Eine Tafel auf dem Reichsbahngelände am S-Bahnhof Grunewald (DDR-Hoheitsgebiet) zum Gedenken an die Deportation von zehntausenden jüdischen Bürgern Berlins blieb die einzige Erinnerungstätte in den 50er Jahren. Zudem betont der Autor, dass der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Ostberlins, Julius Meyer, der Anfang 1953 wegen antisemitischer Angriffe nach Westberlin floh, später nach Brasilien auswanderte, weil ihm in Westberlin die Anerkennung als politischer Flüchtling verweigert wurde. Insgesamt wurde das Gedenken in Berlin durch die Ereignisse des Jahres 1953 (Auflösung der VVN in der DDR und 17. Juni-Unruhen in Ostberlin und anderen Städten der DDR) massiv polarisiert.

Während der BVN zusammen mit der Westberliner Stadtregierung den Fokus auf den 20. Juli 1944 und die bürgerliche Opposition legte, mahnte die VVN in Westberlin gemeinsam mit dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, das in der Untersuchung etwas „stiefmütterlich“ behandelt wird, das Gedenken an den Arbeiterwiderstand und die Kräfte des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an.

Hervorzuheben ist, dass Kühling das Wirken von Persönlichkeiten, die über ihre gesellschaftliche Funktion hinaus Bedeutung für die Erinnerungspolitik hatten, angemessen nachzeichnet, z. B. von Joachim Lipschütz und Joseph Wulff, deren Forschungen und Veröffentlichungen bis heute Marksteine der Aufarbeitung der Judenverfolgung darstellen. In dem Schlusskapitel über „die gescheiterte Initiative für ein Internationales Dokumentationszentrum im Haus der Wannsee-Konferenz“ in den 1970er Jahren zeichnet er die Weigerung der Stadtobere nach, das Thema der Massenverbrechen gegen jüdische Menschen an diesem historischen Ort aufzuarbeiten. Selbst Vertreter des BVN stellten sich in ihrer Ablehnung auf die Seite des Magistrats. Erst die veränderte gesellschaftliche Debatte in der BRD beginnend in den 80er Jahren ermög-

Buchbesprechungen

lichte es, dass der Autor heute in dieser Einrichtung seine Arbeitsstelle finden konnte.

Gerd Kühling: Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin, Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945–1979. Berlin: Metropol-Verlag, 2016

Ulrich Schneider

Mehr als eine Familiengeschichte

Die durchaus zahlreiche Erinnerungsliteratur zur Verfolgung jüdischer Mitbürger in der deutschen Geschichte, vor allem während der nationalsozialistischen Herrschaft, hat Peter Neumaier mit seinem Buch „Wehe dem, der allein ist“ um ein wichtiges Werk bereichert. Ihm liegen umfangreiche historische und biografische Recherchen zu Grunde. Penible Blicke in historische Quellen, aufschlussreiche Briefe und zeitgenössische Interviews lassen ein hochinteressantes Gesamtbild nicht nur der handelnden Personen, sondern auch der politischen und sozialen Entwicklung des wilhelminischen Reiches, der Weimarer Republik, des deutschen Faschismus und der Nachkriegszeit entstehen.

Im Mittelpunkt steht Ernst Seidenberger (1877–1957), der Großvater des Autors mütterlicherseits. In Briefen an seine Töchter hat er 1936 und 1939 jeweils detaillierte familiengeschichtliche Erinnerungen und Selbstreflexionen hinterlassen. Sie sind aus der Sicht „des bereits Verfolgten formuliert“, in einem „Duktus der ‚Rechtfertigung‘ (...) so als träfe ihn eine Schuld und als trüge er die Verantwortung für das Leid und die Angst, die die Familie durch die Verfolgungsmaßnahmen der Nazidiktatur erfuhr“ (S. 52).

In der Familie Seidenberger, wohlhabend geworden im Nürnberger Hopfenhandel, herrscht eine monarchistische und nationalistische Gesinnung. Vater Isaak war Freiwilliger im Kriege 1870/71 und Ernst beschreibt seine Kindheit als „erfüllt“ von den Erzählungen des Vaters „aus dieser für ihn größten vaterländischen Zeit“ (S. 53). Ansonsten prägen Literatur, Kunst, Theater- und Konzertbesuche den bürgerlichen Alltag. Ernst besucht das humanistische Gymnasium, macht 1895 Abitur und dient danach als „Einsjährig-Freiwilliger“ im Bayerischen Ersten Infanterieregiment. Er studiert Jura, obwohl ihm, wie er 1936 schrieb, „der stiller wirkende Beruf des Arztes vielleicht mehr entsprochen hätte“ (S. 67). Weitere Stationen: 1899 Erste Staatsprüfung; 1902 Promotion und Zweite Staatsprüfung; 1903 Zulassung als Anwalt bei OLG und LG München; 1906 Eröffnung einer eigenen Praxis (Schwerpunkt Urheber- und Verlagsrecht). 1914–1917 ist er Soldat, wird 1915 Leutnant und Zugführer, erhält 1916 das EKII „für tapferes und umsichtiges Verhalten in den Stellungskämpfen“. Im April 1918 ist Ernst „nicht mehr felddienstfähig“ und wird Kriegsgerichtsrat. 1925 wird ihm der Titel „Justizrat“ verliehen.

Ernst Seidenberger hat jüdische Eltern, fühlt sich der jüdischen Religion aber nicht verbunden. Er lässt sich katholisch taufen – in Bayern eine Hinwendung zur Mehrheitsreligion. 1909 heiratet er Clara Ehrhart, die Tochter einer protestantischen Memminger Patrizierfamilie. Die beiden Kinder Louise und Inge (die Mutter des Autors) werden protestantisch getauft.

Buchbesprechungen

Es ist nicht so, dass Ernst Seidenberger völlig blauäugig gewesen ist. Er hat sehr wohl die antisemitischen Anfeindungen sensibel registriert, wie z.B. die Judenenzählung 1916 (mit der bewiesen werden sollte, dass die Juden sich vor dem „vaterländischen Dienst“ drücken würden) oder die Ausfälle der 1920er Jahre gegen die angeblich „von Juden beherrschte“ Münchner Justiz. Aber er geht doch immer davon aus, dass es ihn nicht oder zumindest nicht so hart treffen wird.

1936 schreibt er rückblickende Briefe an seine Töchter. Der Autor kommentiert diese so: Hier finden sich „Formulierungen eines wissbegierigen Bürgers jüdischer Herkunft, eines besorgten Familienvaters, aber auch eines überzeugten Deutschnationalen, der sich mit glühenden und verzweifelten Formulierungen weder den Ordnungskriterien des dumpf propagierten Rassenantisemitismus unterwirft, noch sich seine Vaterlandsliebe von den Nationalsozialisten nehmen lässt“ (S. 148).

In quälender Sachlichkeit zeigt der Autor, wie die einzelnen Maßnahmen der Nazis mehr oder weniger schnell auch die Familie Seidenberger und insbesondere seinen Großvater treffen. Schon am 1. April 1933 wird jüdischen Rechtsanwälten das Betreten der Gerichtsgebäude verboten; zunächst gelten Ausnahmen für „Frontkämpfer“. Am 10. April erhält er das „Ehrenkreuz für Frontkämpfer“ – Anlass genug, erneut zu glauben, „so schlimm“ werde es doch nicht kommen. Einerseits gelten auch für Ernst Seidenberger die nach und nach eingeführten Demütigungen („J“-Stempel im Pass; Ausgehverbote, Verpflichtung den zweiten Vornamen „Israel“ anzunehmen), andererseits wird er als Ehemann einer „Arierin“ von der Pflicht den Judenstern zu tragen ausgenommen (was ihm nach 1945 bei der Anerkennung als Verfolgter vorgehalten werden wird).

Im Oktober 1938 wird ihm die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen, im November die Kanzlei zwangsweise geschlossen und er darf noch „Konsulent“ sein, muss als solcher aber 70 Prozent seiner ohnehin nur noch geringen Einkünfte abgeben.

In dieser Situation reagiert Ernst Seidenberger hellsichtig: Er lässt sich „schuldig“ scheiden, überträgt am 31. Oktober 1938 sein gesamtes Vermögen seiner Frau Clara. Er hat in diesem Moment den relativen Schutz der „privilegierten Mischehe“ für sich selbst verloren, während Clara und die beiden Töchter durch die Scheidung wieder „in den deutschen Blutsverband zurück“ treten und „alle Nachteile fallen für sie fort“ (S. 158).

Ernst hat Glück im Unglück. Die Nazis lassen in München lediglich sechs „Konsulenten“ zu, die nach und nach alle deportiert werden. 1943 ist Ernst Seidenberger der letzte, wird schließlich im Februar 1945, also überraschend spät, ebenfalls nach Theresienstadt deportiert – und er überlebt. Offen bleibt die Frage, ob Clara, der Großmutter des Autors, bewusst war, dass sich ihr Mann durch die Scheidung in Lebensgefahr bringt, ob sie sich deshalb dieser Scheidung hätte verweigern können und wenn ja, mit welchen Konsequenzen.

Nach der Befreiung durch sowjetische Truppen kehrt Ernst Seidenberger zurück nach München und heiratet seine Frau Clara am 18. Oktober 1945 ein zweites Mal. Er wird während des „kurzen Frühlings der ‚Entnazifizierung‘“ (S. 265) in einen Ausschuss zur Identifizierung von NS-Belasteten in der Justiz berufen. Er muss erleben, dass viele schnell wieder in Amt und Würden kommen und dass Schuldgefühle para-

doxerweise eher auf Seiten der Überlebenden, der Opfer und ihrer Nachkommen zu finden sind als auf Seiten der Täter.

Peter Neumaier hat für die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland ein exemplarisches und wichtiges Buch geschrieben.

Peter Neumaier: „Wehe dem, der allein ist!“ Mein Großvater Ernst Seidenberger. Münchner Rechtsanwalt in der NS-Zeit. Berlin: Hentrich & Hentrich, 2018

Frank Nonnenmacher

Keine kleine Clique

„Der Führer Adolf Hitler ist tot.' Attentat und Staatsstreichversuch am 20. Juli 1944“ ist der Titel einer Wanderausstellung, die das Militärhistorische Museum in Dresden konzipiert hat. Anlass ist der 75. Jahrestag des Umsturzversuches der Gruppe Gleichgesinnter um Claus von Stauffenberg. Zentrales Anliegen der Ausstellung sowie des hier besprochenen Ausstellungskataloges ist es, aufzuzeigen, dass das NS-Propagandabild einer „kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherisch-dummer Offiziere“ falsch ist. Vielmehr soll dargelegt werden, dass der „20. Juli 1944“ aus einem breiten Netzwerk mit über 200 Beteiligten (und vielen MitwisserInnen) bestand. Die Plakatausstellung, die sich insbesondere an die Bundeswehr richtet, verweist darüber hinaus auf die frühe Militäropposition von 1938 um Generaloberst Ludwig Beck und Generalmajor Hans Oster als wichtigen Bestandteil des militärischen Widerstandes.

Der Ausstellungskatalog gliedert sich in zwei Teile. Vier Essays von Oberst Dr. Armin Wagner, Dr. Magnus Pahl, Dr. Linda Keyserlingk-Rehbein und Oberst Prof. Dr. Winfried Heinemann bilden den Auftakt: Sie widmen sich dem persönlichen und dem Traditionsverständnis der Bundeswehr, der Person Stauffenbergs und dem großen Netzwerk des Umsturzversuches des 20. Juli 1944. Der zweite Teil des Kataloges stellt die eigentliche Ausstellung vor, die es als reine Plakatausstellung, aber auch als Ausstellung mit Plakaten und Objekten gibt. Letztere Variante ist bis zum 3. Dezember 2019 im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden zu sehen.

Auch die Ausstellung gliedert sich in zwei Teile: Der erste Teil stellt die Entwicklung der Militäropposition von frühen Umsturzplänen 1938/39, über die „Walküre“-Planungen bis zum Attentat des 20. Juli und seinen Folgen und Würdigungen dar. Der zweite Teil stellt 14 Beteiligte vor, die in sieben verschiedene Typen strukturiert werden: „Die Planer“ Ludwig Beck und Henning von Tresckow, „die Visionäre“ Carl Friedrich Goerdeler und Helmut James Graf von Moltke, „die Arbeitervertreter“ Wilhelm Leuschner und Julius Leber. Ulrich von Hassel und Adam von Trott zu Solz werden als „Vermittler“ präsentiert, Margarete von Oven und Helmuth Groscurth als „Unterstützer“, Paul von Hase und Erwin von Witzleben als „die Truppensteller“ und als „Macher“ schließlich Claus von Stauffenberg und Hans Oster.

Was gelingt der Ausstellung und der dazugehörigen Begleitpublikation? Sie zeigen Claus von Stauffenberg nicht als isolierten Helden eines Militärputsches, sondern als wichtigen Bestandteil eines großen zivil-militärischen Umsturzversuches. Sie bringen wichtige Akteure der Militäropposition in den Blick, die allge-

mein wenig wahrgenommen werden. Natürlich ließe sich diskutieren, warum bestimmte Akteure vorgestellt werden und andere nicht – wie etwa Friedrich Olbricht, der „Erfinder“ des Walküreplans.

Bedauerlicherweise unterbleibt aber weitgehend die Diskussion über das Mitmachen, über gemeinsame politische Positionen der militärischen Widerstandskämpfer mit den nationalsozialistischen Vorstellungen, die Beteiligung an Kriegsverbrechen und die durchaus unterschiedlichen Motive der Beteiligten. Nicht jeder Akteur im Umfeld des 20. Juli 1944 entschied sich allein aufgrund moralischer und ethischer Überlegungen für den Staatsstreich. Hier hätten die Ausstellung und der Katalog durchaus mutiger sein dürfen – trotz aller notwendiger didaktischer Reduktion, ohne die keine Ausstellung auskommen kann. Ihr Verdienst bleibt in jedem Fall, den 20. Juli 1944 nicht als militärischen Putschversuch, sondern als größeren zivil-militärischen Umsturzversuch zu zeigen, der deutlich über die „kleine Clique“ hinausgegangen ist.

Magnus Pahl, Armin Wagner: „Der Führer Adolf Hitler ist tot.“ Attentat und Staatsstreichversuch am 20. Juli 1944. Berlin: be.bra Verlag, 2019

Thomas Altmeyer

„Krankenmorde“ und Zwangssterilisationen

Neben der Shoah stehen besonders die Begriffe „Euthanasie“ und Eugenik für die Massenverbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus. Bis 1945 wurden unter diesen Vorgaben insgesamt 250.000 Menschen von den Nationalsozialisten ermordet; fast doppelt so viele wurden zwangssterilisiert. Wer als „lebensunwert“ eingestuft wurde, galt als unwürdig für die „Volksgemeinschaft“ und verlor praktisch das Recht auf Leben oder eigene Kinder.

In der Geschichtswissenschaft stellen „Euthanasie“ und Eugenik einen komplexen Sachverhalt dar, weil sowohl die Täter- als auch die Opfergruppe stark heterogen sind. Armin Trus hat sich dessen angenommen und zeichnet in seiner Monografie nicht nur die NS-Zeit nach, sondern geht intensiv auf internationale Diskurse vor 1933 sowie den Umgang und die Aufarbeitung der Verbrechen nach Kriegsende ein. Den Fokus legt er dabei nicht auf die Verbrechen während des Nationalsozialismus, sondern deutet diese als radikalisierte Entwicklung bereits vorher bestehender, vermeintlich wissenschaftlicher Ansätze. Unterstützt werden die jeweiligen Kapitel durch eine breite Sammlung an Quellenmaterial, das den Themenkomplex in seiner Gesamtheit aufzeigt.

Im ersten Kapitel macht Trus deutlich, dass sich die bevölkerungspolitischen Maßnahmen im Deutschen Reich bis zum Ende der Weimarer Republik nicht von internationalen Vorgängen und Debatten unterschieden. Erst durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten habe sich dies geändert. Bereits im Spätmittelalter seien Bevölkerungspolitik und „Rassenhygiene“ von Bedeutung gewesen, um die „Qualität“ des jeweiligen Volks aufrechtzuerhalten. Im 18. Jahrhundert wurden Straftäter und „Irre“ gleichbehandelt, da beide Gruppen durch ihr Verhalten von der damaligen gesellschaftlichen Norm abwichen. Ziel war hierbei, die Gesellschaft vor diesen beiden Personengruppen zu schützen. Erst durch Modernisierungsprozesse von

Staat und Gesellschaft seien „Irre“ nicht weiter als unheilbare Randgruppe betrachtet worden, sondern als „potentiell integrationsfähige Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft“ (S. 21). Armin Trus' Forschungsergebnisse werden am Ende des Kapitels durch verschiedene Statistiken sowie Auszüge aus „Mein Kampf“ oder NSDAP-Reden gestützt.

Das zweite und längste Kapitel widmet sich den Zwangssterilisations- und „Euthanasie“-Verbrechen. Hier zeigt Trus auf, dass Rassismus zur „Staatsdoktrin“ (S. 82) des NS-Staates wurde, um die „Volksgemeinschaft“ auf „erbbiologischer Grundlage“ von allem „Minderwertigen“ zu befreien. Daneben wird facettenreich die allmähliche Verdrängung psychisch kranker Menschen nachgezeichnet, die durch Verfolgung und Ermordung Betroffener stetig radikalisiert wurde. Zentral ist hierbei das am 14. Juli 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN), das die Grundlage für die Zwangssterilisationen bildete.

Weiterführend untersucht Armin Trus die verschiedenen Etappen der „Euthanasie“: Propaganda 1933 bis 1939, die erste Phase 1939 bis 1941 sowie die zweite Phase bis 1945. Zentral sei hierbei, dass das „Euthanasieprogramm“ mit Verlauf des Krieges stetig verschärft wurde, bis die „Aktion T4“ aufgrund von zu hoher öffentlicher Aufmerksamkeit schließlich im August 1941 offiziell beendet wurde. Inoffiziell wurden sowohl Zwangssterilisationen als auch „Krankenmorde“ fortgesetzt. Während dieser ersten Phase sind in sechs Gasmordanstalten etwa 70.000 Menschen ermordet worden. „Aktion 14f13“ beschreibt die zweite Phase und bedeutet die Verschiebung der „Euthanasie“-Verbrechen in Konzentrations- und Vernichtungslager. Armin Trus attestiert für diese Phase die Ausweitung des Opferspektrums sowie eine grundlegende Radikalisierung der industriellen Morde.

Darüber hinaus wird auch Widerstand und die Haltung der Bevölkerung thematisiert: Trus geht von einer weitgehenden Ablehnung innerhalb der Bevölkerung aus, jedoch seien aufgrund schlechter Quellenlage kaum fundierte Aussagen möglich. Protest gegen die „Euthanasie“ sei primär auf kirchlicher Seite nachzuweisen. Als führende Persönlichkeit nennt Armin Trus den Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen, der durch seine „Brandpredigt“ die Verbrechen zur öffentlichen Angelegenheit machte. Gesellschaftlicher Widerstand sei vor allem als stille Ablehnung erfolgt; öffentliche Protestaktionen oder ähnliches seien die Ausnahme gewesen.

Im letzten Kapitel beschäftigt sich der Autor mit dem gesellschaftlichen und strafrechtlichen Umgang mit Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Verbrechen in der Nachkriegszeit. Erschreckend erscheint hierbei, dass die rassenhygienischen Vorstellungen der NS-Zeit bruchstückhaft auch in der BRD weitergeführt wurden. So wurden psychisch Kranke auch in der Nachkriegszeit sterilisiert und dieses Gedankengut bis 1972 in Lehrbüchern weitergetragen. Problematisch sei auch die Entnazifizierung der TäterInnen gewesen. Wegen des herrschenden Mangels an Personal konnten NS-Täter weiterhin in Forschung und Lehre tätig sein sowie als Ärzte praktizieren. Die Weiterführung von Zwangssterilisationen und Eugenik bedeutete gleichzeitig für die Opfer, dass ihre öffentliche und rechtliche Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus ausblieb. Trus nimmt dabei auch auf die jüngste Vergangenheit Bezug und zeichnet die einzelnen Etappen Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre nach. Der Autor appelliert, die Gleichstellung der Opfer weiter voranzutreiben. Insgesamt überzeugt die Monographie durch

die ausführliche Auswahl des Quellenmaterials und eignet sich durch die thematische und zeitliche Bandbreite als Standardwerk zum Thema Eugenik und „Euthanasie“.

Armin Trus: Die „Reinigung des Volkskörpers“. Eugenik und „Euthanasie“ im Nationalsozialismus. Berlin: Metropolis, 2019

Anna-Lena Geis

Zeichnungen aus dem KZ

Ein wichtiger bildlicher Zugang zur Welt der Konzentrationslager sind die dort entstandenen Zeichnungen, die Häftlinge heimlich und unter Lebensgefahr angefertigt haben. Gerade heute, in der sich die Welt zunehmend visualisiert – Stichwort Instagram – sind diese Bilder ein wichtiges Korrektiv des Bilderkosmos Konzentrationslager. Sie sind durch die Häftlinge entstanden und spiegeln nicht den Blick der TäterInnen und die Interessen der SS wider.

Mit unermüdlichen Fleiß hat der italienische Schriftsteller und Künstler Arturo Benvenuti in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre Zeichnungen und Bilder von KZ-Insassen aus Gedenkstätten, Archiven und Museen in ganz Europa und Israel zusammengetragen. Mehr als 250 Bilder versammelt sein erstmals 1983 erschienen Buch „K.Z.“, eine bahnbrechende Pionierarbeit. Nach der Wiederveröffentlichung der italienischen Ausgabe 2014 sind nun auch eine englischsprachige, französischsprachige und 2017 die erste deutschsprachige Fassung dieses Werks erschienen. Welche Bedeutung die von Benvenuti zusammengetragenen Zeichnungen haben, unterstreicht auch Primo Levi in seinem Vorwort: „Ich denke, dass es neben der bloßen Erinnerung noch einen besonderen Wert hat, nämlich in der Darstellung des Horrors, für den die Worte fehlen. Die hier abgedruckten Bilder sind kein Äquivalent und kein Ersatz dafür: aber sie lösen die Worte ab. Sie stellen etwas dar was die Sprache nicht auszudrücken vermag. Einige Bilder haben die unmittlere Kraft der Kunst, aber alle haben die raue Kraft des Auges, das die Entrüstung gesehen und übermittelt hat.“

Die Bilder zeigen die Brutalität der Konzentrationslager, sie zeigen Verzweiflung und Gewalt. Zu sehen sind Häftlinge bei der Ankunft und bei der Arbeit, ihre ausgemergelten Körper bis hin zum massenhaften Tod, aber auch Porträts einzelner Häftlinge. Bei mancher Zeichnung erkennt man noch das Papier mit Aufdrucken der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft oder des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien. Benvenuti versammelt ein breites Spektrum an Bildern: von der schnellen Skizze, über das detaillierte Porträt bis hin zu Gemälden, die nach der Befreiung entstanden sind und in denen die ehemaligen Häftlinge ihr Erlebtes verarbeiten und die Erinnerung wachhalten wollen.

Gesammelt sind die Bilder alphabetisch nach den Namen der KünstlerInnen mit ganz kurzen Informationen zu ihnen. Wir erfahren den Namen, das Geburtsland und Geburtsjahr und – soweit bekannt – Titel des Bildes, Entstehungsjahr und Lager. Und hier setzt eine gewisse Ratlosigkeit des Rezensenten ein. Sicherlich sind die Informationen über einzelne Künstler nur bruchstückhaft vorhanden. Durch den Aufschwung der Forschung zu den Konzentrationslagern, insbesondere der letzten 30 Jahre, ließen sich aber sicherlich zu vielen KünstlerInnen mehr biografische Informationen finden. Ein Personenverzeichnis

Buchbesprechungen

mit weiteren biografischen Notizen wäre eine wichtige Ergänzung zu diesem Buch gewesen. Darüber hinaus stammen die Zeichnungen aus den unterschiedlichsten Lagertypen: den Vernichtungslagern in Osteuropa und den großen Konzentrationslagern im Deutschen Reich, aus KZ-Außenlagern und Ghettos, dem SS-Sonderlager Mechelen, den Internierungslagern in Gurs oder Saint-Cyprien oder Konzentrationslagern in Italien und auf dem Balkan bis hin zum Zwangsarbeitslager Dörnhau im heutigen Polen. Sie bilden ganz unterschiedliche Welten ab mit unterschiedlichen Haft- und Zeichenbedingungen. Zeichnungen aus anderen Bereichen des Systems der Konzentrationslager fehlen, so etwa Zeichnungen aus dem KZ-Komplex Natzweiler-Struthof. Zu nennen wären hier exemplarisch die Bilder von Jacques Barrau oder Mieczyslaw Wisniewski.

Dass der Band nicht alle vorhandenen Zeichnungen versammeln kann, ist selbstverständlich. Dennoch hätte ein Begleitwort zur Neuauflage Aufklärung schaffen können. Vielleicht wäre eine thematische Sortierung nach Bildmotiven oder Entstehungsorten oder Lagertypen sinnvoll gewesen? Bedauernd ist auch, dass die LeserInnen nichts über die Geschichte der einzelnen Zeichnungen erfahren: Wie sind sie entstanden, wie haben sie die NS-Zeit überlebt? Wurden sie vergraben, in Mauerwerk versteckt oder konnten Häftlinge sie hinaus schmuggeln? Wie viele Zeichnungen sind von den jeweiligen Häftlingen erhalten geblieben? Antworten, die Benvenuti 1983 vielleicht noch nicht geben konnte. Einiges hätte nun aber hinzugefügt werden können.

Dennoch ist es Benvenuti gelungen, eine Vielfalt an künstlerischem Wirken an den Orten des Grauens aufzuzeigen. Die Gesamtschau hinterlässt den Betrachter oft sprachlos. Und wenn Benvenutis rudimentäre Kommentierung die LeserInnen anregt, sich auf die Spuren einzelner KünstlerInnen oder Zeichnungen zu machen, ist viel gewonnen.

Arturo Benvenuti: K.Z. Zeichnungen aus den NS-Konzentrationslagern. Wien: bahoe books, 2017

Thomas Altmeyer

Neuanfang 1945

Die Befreiung vom Faschismus 1945 hinterließ zeitweilig ein Machtvakuum, das insbesondere auf betrieblicher Ebene von den Frauen und Männern in den jeweiligen Unternehmen genutzt wurde, um Grundlagen zu schaffen und Forderungen für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn zu erheben. Solche „Arbeiterinitiativen“, über die schon seit Ende der 1970er Jahre geforscht wurde, werden seit einigen Jahren wieder in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit thematisiert und als Überlegungen für die Neuausrichtung von gewerkschaftlicher Arbeit verstanden.

Ausgehend von einer zweitägigen Tagung in der IG Metall-Bildungsstätte in Berlin entstand auch der vorliegende Band zum Thema „Neuanfang 1945 – Belegschaft und Betriebsräte setzen die Produktion in Gang“. Dabei spiegelt die Überschrift nur teilweise den inhaltlichen Kern der Aufsätze wider. Es ging bei der Tagung weniger um die Frage, wie die Produktion wieder in Gang gebracht wurde, sondern

darum, welche Rechte der betrieblichen und gesellschaftlichen Mitsprache die Arbeiterinnen und Arbeiter in diesen Wochen und Monaten erkämpfen konnten.

In dem einführenden Beitrag von Chaja Boebel und Lothar Wentzel werden dabei die zum Teil katastrophalen Lebensbedingungen und die engen politischen Vorgaben der Besatzungsmächte thematisiert, die die Rahmenbedingungen der betrieblichen Mitwirkungsmöglichkeiten darstellten. Dass manche Aussagen zur Besatzungspolitik etwas pauschal ausfallen, mag dem Platz geschuldet sein. Auch die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen werden nur angedeutet.

Frank Heidenreich setzt sich in dem Hauptartikel „Arbeiterpolitik und Betriebsräte 1945“ mit beispielhaften Entwicklungen in Bremen (ausgehend vom „Kampfbund gegen den Faschismus“ und in Schwarzenberg (Antifaschistische Bewegung) auseinander. In beiden Fällen ging es nicht nur um Säuberung und innerbetriebliche Machtfragen, sondern vor allem auch um Versorgungsgerechtigkeit. Für ihn wurden diese Basisinitiativen durch die Politik der Besatzungsmächte in Frage gestellt, indem dort zentrale Vorgaben verstärkt umgesetzt wurden, wobei – laut Heidenreich – in der SBZ das Betriebsräteverständnis der KPD aus der Weimarer Zeit ebenfalls Einfluss hatte, das später in der „Musterbetriebsvereinbarung des FDBG“ (S. 125 ff) seinen Niederschlag fand. An zwei Beispielen aus Augsburg (MAN und Zahnradfabrik Renk) zeichnet er die Anfänge in der US-amerikanischen Besatzungszone nach. Auch dort waren die zentralen Fragen die Arbeitsbedingungen und die Versorgung. Sein Resümee lautet: „In den Westzonen erschwerten und verzögerten die Besatzungsmächte die Entwicklung regionaler und zonenweiter Gewerkschaftszusammenschlüsse, während es in der SBZ die deutschen GewerkschafterInnen waren, die sich zunächst auf den einzelnen Betrieb als Handlungsfeld konzentrierten und dort Betriebsräte und Vertrauensleutestrukturen aufbauten.“ (S. 56)

Der ehemalige erste Bevollmächtigte der IG Metall Köln-Leverkusen, Witich Roßmann, beschäftigt sich mit der revolutionären Neuorganisation der Gewerkschaften in den Jahren 1945 bis 1949, ausgehend von der Region Köln. Auf der Grundlage von den Dokumenten und Entschlüssen der örtlichen Gewerkschafter-Initiativen zeichnet er Entwicklungswege, aber auch gewerkschaftspolitische Optionen für den Neuaufbau nach. Es gab keinen Widerspruch zum Aufbau einer Einheitsorganisation – das war eine der zentralen Erfahrungen des Endes der Weimarer Republik. Nur kleine Gruppen der „christlichen Gewerkschafter“ im Rhein-Ruhr-Gebiet taten sich schwer mit dieser Perspektive. Es war jedoch nicht geklärt, ob es eine Zentralgewerkschaft mit Branchenabteilungen geben sollte, wie es die meisten Neugründungen von Freien Gewerkschaftsbünden beinhalteten, oder eine Einheitsgewerkschaft als Dachverband autonomer Industriegewerkschaften. In den Westzonen – und darauf weist Roßmann deutlich hin – war die Entscheidung für die zweite Organisationsform zuallererst durch die politischen Vorgaben der amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden bestimmt. „Aber die dominierende Masse der neuen Gewerkschafter waren die Arbeiter der alten freien Gewerkschaften, die sich in ihren neuen alten Verbänden vertraut fühlten“ (S. 80).

Zwei exemplarische Studien, eine von Dirk Erb über den Wiederbeginn im Benzwerk in Gaggenau und eine von Horst Klaus über die Anfänge der Betriebsratsarbeit im Triumph-Werk in Nürnberg, ergänzen die beiden analytischen Texte. Man merkt dem Text von Horst Klaus an, dass er selber als Gewerkschafter viele Jahre mit dem Betrieb verbunden war, selbst wenn er – Jahr-

gang 1930 – nicht als unmittelbarer Beteiligter an dieser Entwicklung bezeichnet werden kann.

Ergänzt wird diese Seminardokumentation durch einen knapp 30-seitigen Dokumentenanhang, in dem Quellen wiedergegeben werden, auf die in den Aufsätzen in verschiedener Form Bezug genommen wurde. Nicht neu, jedoch für das Thema von großem Interesse, ist dabei das Dokument des Bezirksausschusses der Antifaschistischen Bewegung Schwarzenberg vom 11. Juni 1945. Ohne Unterstützung oder Einflussnahme von Besatzungsbeamten wurden hier gleichlautende Forderungen zur Säuberung der Betriebe von faschistischen Elementen, die Wiederherstellung ehemaliger sozialer und tariflicher Rechte sowie die Kompetenzen von Betriebsausschüssen für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung formuliert.

Die Herausgeber wollen mit diesem Text einen Beitrag zur innergewerkschaftlichen Debatte über Wirtschaftsdemokratie leisten. Und tatsächlich ist es lohnend, sich mit diesen historischen Erfahrungen zu beschäftigen.

Chaja Boebel, Frank Heidenreich, Lothar Wentzel (Hg.): Neuanfang 1945. Belegschaft und Betriebsräte setzen die Produktion in Gang. Hamburg: VSA-Verlag, 2019

Ulrich Schneider

NS-Justiz in Stuttgart

In diversen populärwissenschaftlichen Darstellungen wird die NS-Diktatur auf das Schlagwort der „braunen Horden“ reduziert, das heißt auf die „geistlosen“ Schlägerhorden der SA und die elitärer wirkende SS. Dass ohne eine intellektuelle Stütze die „Bürokratie des Todes“ (Kurt Schilde) nicht funktioniert hätte und der Gewaltcharakter der NS-Herrschaft sich gesellschaftlich-total austobte (so beispielsweise auch im Bereich der Rechtsprechung), rückte bisweilen in den Hintergrund.

Dem steht zugleich eine wachsende fachwissenschaftliche Erforschung und erinnerungskulturelle Aufarbeitung unter anderem der NS-Justiz, ihrer TäterInnen und der von ihnen Verfolgten und Ermordeten gegenüber (vgl. hierzu z.B. Informationen Nr. 88, 2018).

Mit der Eröffnung einer Dauerausstellung in den Räumlichkeiten des Stuttgarter Landgerichts und eines dazugehörigen Mahnmals schuf das mit der Ausgestaltung beauftragte Haus der Geschichte Baden-Württemberg einen Anlaufpunkt für geschichtliche Auseinandersetzung. Die Anordnung der Ausstellungstafeln in Foyer und den Fluren vor den Verhandlungsräumen konfrontiert systematisches NS-Unrecht mit moderner Rechtsstaatlichkeit, wie sie vor Ort im heutigen juristischen Alltag praktiziert wird.

Der vorliegende Ausstellungskatalog zieht einen Querschnitt durch die historischen und bürokratischen Schichten der NS-Justiz in Stuttgart. Sehr positiv wirkt sich aus, dass die Autorin Sabrina Müller in ihrer Darstellung des Gesamtkomplexes von juristischer Verfolgung, Abschreckung und Vernichtung die Seiten der Verfolger wie der Verfolgten ähnlich stark beleuchtet. Auf eine kurze Einführung über die stufenweise Entfernung von jüdischen und politisch missliebigen JuristInnen aus ihrem Stuttgarter Berufsfeld folgen 75 kurze Personenportraits, darunter z.B. auch Fritz Bauer.

Erhellend sind Müllers Ausführungen zur Institutionenstruktur, zur Aufgabenverteilung sowie zur phasenweisen Entwicklung bzw. Radikalisierung der Stuttgarter NS-Justiz, deren

örtlicher Schwerpunkt der Justizpalast in der Urbanstraße war. Hier waren neben dem Oberlandes- und dem Landgericht, die Staatsanwaltschaft und der für die NS-Zeit spezifische „Volksgerichtshof“, die „Rasseschutzkammer“ sowie das Sondergericht Stuttgart angesiedelt. Letztgenanntes fällt dabei eine Schlüsselstellung zu, bewährte es sich doch als „zentrales Terrorinstrument zur Durchsetzung der NS-Herrschaft“ (S. 79): 1933 eingerichtet, um politische Gegner auf schnellen Wege abzuurteilen, wucherte das Tätigkeits- und Aufgabenfeld des Sondergerichts rasch. Ab 1938/39 wurden Mord- und Totschlagsfälle ebenso hier verhandelt wie Anklagen wegen „Rundfunkverbrechen“, „Wehrkraftzersetzung“ oder Verstöße gegen den „Heimtückeparagraphen“.

Richterschaft und Staatsanwaltschaft vertraten ein Rechtsverständnis, dass dem „gesunden Volksempfinden“ Genüge tun sollte. Welche direkten Auswirkungen dies auf die Findung des Strafmaßes hatte, illustriert die Autorin anhand ausgewählter Prozessverläufe und Personenschicksale. Ab 1934 rückte der verschieden gelagerte Widerstand gegen den faschistischen Staat in den Fokus des Sondergerichts. Die Verurteilung der 68-jährigen Stuttgarterin Katharina Elser im Februar 1936 wegen der (nicht nachweisbaren) Verteilung kommunistischer Schriften – „Hochverrat“ – zu vier Jahren Zuchthaus offenbart die mögliche Härte des Justizapparats (S. 91). Auch gegen andere Widerstandsgruppen, bspw. um Hans Gasparitsch (S. 92), Georg Lechleiter (S. 93f.), um den Tschechoslowaken Jan Schreiber (Dezember 1942, S. 98-101) oder die Elsässer Widerständler um René Birr (S. 102-105 – ähnlich: Marcel Stoessel, vgl. Informationen Nr. 88, 2018, S. 32-34) wurden vor dem Sondergericht in der Urbanstraße Strafen bis zur Hinrichtung ausgesprochen (und exekutiert). Die Autorin kann den großen Ermessensspielraum bei der Findung des Strafmaßes – eine Eigenart der NS-Justiz – besonders anschaulich bei Prozessen wegen „Rundfunkverbrechen“ (S. 119-122) oder wegen (sexuellen) Beziehungen zu Zwangsarbeitern (S. 123-130) aufzeigen.

Ein gesonderter Abschnitt ist der Hinrichtungspraxis als Spiegel der Radikalisierung der NS-Justiz in den Kriegsjahren gewidmet (S. 137-164). Eine vollständige Liste der Hingerichteten wie sie auch auf dem Mahnmahl zu sehen ist, ergänzt die Ausführungen.

Indem Müller die Karriere- und Lebenswege von Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern am Stuttgarter Justizpalast nachzeichnet (u.a. mit Mikrobiografien), rundet sich das Gesamtbild der lokalen NS-Justiz. Einzig hinsichtlich des Umgangs mit den Tätern nach 1945 und der Aufarbeitung der Unrechtsurteile hätte sich der Lesende eine weniger geraffte Abhandlung gewünscht.

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.): NS-Justiz in Stuttgart. Katalog zur Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg im Landgericht Stuttgart, Stuttgart 2019

Valentin J. Hemberger

„Der Herr Karl“ von Helmut Qualtinger

Es ist nur ein kurzes Stück Text, als Sprechtheater aufgeführt bietet es Stoff für eine knappe Stunde. Aber darin ist mit größter Intensität zu lesen (oder zu hören), was den Spießbürger, den willigen Untertanen ausmacht – den alltäglichen Faschisten. „Der Herr Karl“ ist das Stück, das dem österreichischen Autor und Kabarettisten Helmut Qualtinger (1928 bis 1986) zum Durchbruch auch in Deutschland verhalf. Er selbst las das Stück wieder und wieder; sein Wiener Idiom, das ebenso liebenswürdig wie schneidend klingen kann, war – beinahe – unverzichtbar für die Darstellung. Doch auch ohne seine Stimme ist „Der Herr Karl“ auf dem Papier eine Lektüre, bei der einem noch heute das Lachen im Halse stecken bleibt.

Die Regieanweisungen zum Stück sind einfach: „Keller einer Delikatessenhandlung; Stellagen, Kisten ... Karl ist damit beschäftigt, Waren zu ordnen.“ Während er arbeitet, hört er die Anweisungen der Laden-Inhaberin, die er stets mit einem unterwürfigen „Jawohl, Frau Chefin!“ quittiert, aber sich nicht drum schert. Während seines Herumwerkens und einem gelegentlichen Schluck Cognac wendet er sich an einen imaginären Zuschauer, einen „jungen Menschen“, dem er seine Geschichte und seine Weltsicht erzählt. Großen Wert legt er darauf, dass er schon immer „Der Herr Karl“ gewesen ist, eine Respektsperson – egal, wie die Umstände waren.

„Bis Vierdreissig war i Sozialist“, allerdings habe er sich im politischen Durcheinander dann anders entschieden und sei für die „Schwarzen“ demonstrieren gegangen, für die Heimwehr. Fünf Schilling gab's dafür. Die unruhigen Zeiten, Arbeitslosigkeit und eine schiefgegangene Ehe mit einer älteren Wirtshaus-Witwe treiben ihn um, aber dann kam der Umbruch: „Da ist eh der Hitler kommen. Naja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel, wie man es sich überhaupt nicht vorstellen kann – nach diesen furchtbaren Jahren ...“. „Endlich amal hat der Wiener a Freid g'habt ... a Hetz ...“. In seine immer noch spürbare Freude am Einmarsch der Deutschen mischen sich – eher ungläubwürdige – Abmilderungen: ja, ein Verbrechen sei es gewesen, wie man die gutgläubigen Menschen in die Irre geführt habe.

Doch der Herr Karl schwadroniert weiter: wie er einmal die Größe des Führers am eigenen Leib beim Blockwartetreffen gespürt hat. „Er hat mi ang'schaut ... mit seine blauen Augen – i hab eahm ang'schaut ... hat er g'sagt: jaja Da hab ich alles g'wußt. Wir haben uns verstanden.“ Was man ihnen, den Österreichern, später vorgeworfen habe – „des war ja alles ganz anders“. So wie die Geschichte vom jüdischen Nachbarn Tennenbaum, den er gezwungen habe, Sprüche gegen die Nazis vom Bürgersteig aufzuwischen. Nach dem Krieg kam der Tennenbaum zurück („is eahm eh nix passiert“) und der Herr Karl grüßt ihn artig. Doch der Tennenbaum grüßt nicht zurück. „Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees...“.

Und er berichtet weiter von seiner schäbigen, kleinen Karriere im Nazi-Wien. Bei der NSV, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt war er tätig, hat Mitgliedsbeiträge kassiert und versucht, „die Leit zu erziehen“. Sprüche hat er

ihnen mitgebracht, Sinnsprüche von Goethe und Hitler. Das war auch die Zeit seiner zweiten Eheschließung, „Billeteurin war's im Kino“. Die Verbindung kommt zu einem jähen Ende, als der Herr Karl seine Gattin mit einem Fremdarbeiter im Bett erwischt. Da kennt er kein Pardon: „Schleich di“. Wieder eine Ehe zu Ende, aber das Alleinleben macht ihm ohnehin mehr Behagen.

Der Krieg neigt sich dem Ende zu. Der Herr Karl macht gute Geschäfte mit den Bomben-Geschädigten, denn er verteilt Lebensmittelkarten – man muss sich gut mit ihm stellen. So wie er sich mit den Russen gut stellt, als sie in Wien einmarschieren. Sein Hitler-Porträt an der Wand? Er versteckt es nicht, sondern lädt russische Soldaten zu sich, um vor ihren Augen das Bild abzuhängen und voll gespielmten Abscheu darauf herumzutampeln. „Karascho“, sagen die Russen und ziehen davon. Mehr Freude hat er noch beim Einzug der Amerikaner. Der Schwarzmarkt blüht; alle machen krumme Geschäfte. Auch für den Herrn Karl läuft alles bestens – bis die Währungsreform kommt und schließlich der Staatsvertrag im Sommer 1955: „Österreich ist frei!“

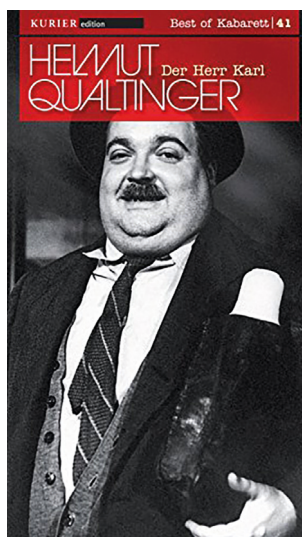
Wer glaubt, Qualtingers Karl sei halt Wiener Schmach und habe wenig mit uns zu tun, sollte sich den Text noch einmal genauer anschauen. Die facettenreiche Darstellung des Mitläufers hat ihre Gültigkeit nicht verloren, wenn auch manche Umstände anders sind. Die Parteien und die Politiker sind ausgetauscht, die kleinen Läden sind verschwunden, das Fernsehen, das der Herr Karl noch verachtete, hat seine Macht etabliert, und das Internet hat uns alle verändert. Der Hass auf das Fremde und der Neid auf die, denen es besser geht, findet dort ein vielfaches Echo. Herr Karl wäre heute kein einsamer Grantler im Keller eines Delikatessengeschäftes mehr.

In Österreich galt Qualtinger nach der Erstaustrahlung des Stücks im November 1961 als Nestbeschmutzer – zu gnadenlos räumte er mit dem österreichischen Opfer-Mythos auf. Heute zählt „Der Herr Karl“, der „miese Jedermann“, wie ihn das Lexikon der Weltliteratur bezeichnet, zu den Klassikern der Nachkriegsliteratur.

Der Text des Herrn Karl ist zur Zeit nur antiquarisch lieferbar. Qualtingers Sohn Christian Qualtinger und Reinhard Trinkler haben 2014 ein Comic-Buch über den Herrn Karl gestaltet (Amaltgea Signum Verlag), das aktuell vorliegt.

Auf Youtube sind das ganze Stück wie auch zahlreiche Auszüge daraus zu sehen.

Gabriele Prein



Impressum:

Informationen – Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933 – 1945

Nr. 90, November 2019, 44. Jahrgang, ISSN 0938-8672

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945 e.V., Rossertstraße 9, D-60323 Frankfurt/Main, Telefon: 069 721575, Telefax: 069 71034254
Mail: studienkreis@widerstand-1933-1945.de
Internet: www.widerstand-1933-1945.de

Redaktion:

Thomas Altmeyer, Valentin J. Hemberger, Gabriele Prein, Gottfried Schmidt, Isolde Grillhösl

Mitarbeit: Anna-Lena Geis, Marieke Wiest

Gestaltung:

GS Grafik & Satz GbR Grillhösl & Schmidt, Parkstraße 65, 65191 Wiesbaden
www.grafiksatz.de; schmidt@grafiksatz.de
Umschlag-Gestaltung: Gottfried Schmidt
Quellenangaben zu den auf dem Titel verwendeten Fotos befinden sich an den jeweiligen Stellen im Heft.

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich (Frühjahr/Herbst) Verkaufspreis: Abonnement 16 Euro (inklusive Versandkosten); Einzelheft 6,50 Euro zuzüglich Versandkosten; Bankverbindung: Postbank Frankfurt/Main, IBAN: DE21 5001 0060 0314 1246 03
BIC: PBNKDEFF

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion: © Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945 e.V.

Wir danken allen Rechteinhaberinnen und -inhabern der Abbildungen für die freundlich gewährte Abdruckgenehmigung. Dort, wo wir trotz intensiver Recherchen die Rechteinhaberinnen bzw. -inhaber nicht ermitteln konnten, bitten wir um Mitteilung.

Regelmäßig über die Aktivitäten des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933 – 1945 informiert sein?
Dann abonnieren Sie unseren Newsletter unter:
www.newsletter.widerstand-1933-1945.de